

Thomas Gebauer

New Solidarity!?

Kritische Anmerkungen zur Rolle von Hilfe heute

Humanitäre Hilfe ist „in“! Wie nie zuvor boomt der barmherzige Beistand für Menschen, die Opfer spektakulärer Katastrophen werden. Was Wunder, dass sich auch die Mächtigen und Großverdiener, die Politiker, Industriemanager und VIPs für Nothilfe stark machen. Selbst die Militärs wollen nur noch humanitär intervenieren statt Krieg zu führen. Fast scheint es, als wäre die Welt nicht mehr in Reiche und Arme, Machtvolle und Machtlose, Privilegierte und Gedeemütigte gespalten, sondern nur noch in Helfer und Hilfsbedürftige. Wer könnte daran – anders als an Macht und Privilegien – noch Anstoß nehmen?

Die Veränderungen, die das helfende Handeln derzeit erfährt, sind dramatisch. Wenn heute von Hilfe die Rede ist, geht es kaum noch um die nachhaltige Überwindung von Not und Unmündigkeit, sondern meist nur noch um das Abfedern jener Schäden, die eine auf wachsende Ungleichheit und Spaltung gründende Weltordnung an den gesellschaftlichen Rändern unerbittlich und tagtäglich produziert. Dabei verkümmert Hilfe im Außenverhältnis zum Reparaturbetrieb, während sie nach innen für die Überwindung von politischen Legitimationsdefiziten sorgt. Der Bedeutungszuwachs von humanitärer Nothilfe gegenüber einer auf strukturelle Veränderungen zielenden Entwicklungszusammenarbeit ist Ausdruck dieser Veränderung. Mehr und mehr wird die Beziehung zwischen Hilfesuchenden und Helfern von technischen Erfordernissen überlagert: Effiziente Versorgungswege sind gefragt, leistungsfähige Abwicklungskapazitäten und Helfer, die nicht erst lange nach Ursachen forschen, sondern unmittelbar zupacken.

Unversehens finden sich die Helfer in einer Rolle wieder, die in Zeiten des Kolonialismus den Missionaren zugefallen war. Doch geht es heute nicht mehr um die ideologische Absicherung kolonialer Eroberungen, sondern um die Mithilfe bei der Globalisierung eines Wirtschaftsmodells, das Mensch und Natur nur noch aus dem Blickwinkel ihrer möglichst profitablen Verwertung betrachtet.

Entpolitisierte Hilfe

Der lange Zeit hoch im Kurs stehende Grundsatz: „Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein“, wirkt heute merkwürdig angestaubt. Wer im Angesicht eines hungernden Kindes nach den Ursachen des Hungers fragt, gilt in den Augen der Öffentlichkeit, wenn nicht gar als Unmensch, so doch als wenig glaubwürdig. Die heutigen Helfer halten sich nicht erst lange mit den Hintergründen einer Krise auf. Wo früher die Vorstellung einer anderen Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen, keine Partei ergreifen will.

Für die Vorstellung, die große Teile der Öffentlichkeit von einer glaubwürdigen Hilfe haben, steht emblematisch das Bild des weißen Hubschrauberpiloten, der vor einigen Jahren, als Mosambik von einer katastrophalen Überschwemmung heimgesucht wurde, ein neugeborenes Baby mit seiner Mutter aus einem umfluteten Baum rettete. Dieses Bild symbolisiert die von außen einschwebende und meist gleich wieder verschwindende Hilfe. In ihr scheint es keinen Kontext mehr zu geben und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Die Möglichkeit der Rettung des Einzelnen versöhnt mit der katastrophalen Entwicklung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte.

Vielen Hilfsorganisationen gilt die Komplexität des Geschehens, das sich rund um Katastrophen und Krisen ereignet, als ein undurchsichtiges Gestrüpp aus Politik und Machtinteressen, in das man sich besser gar nicht erst hinein begibt. Statt sich der politischen Implikationen des eigenen Handelns zu versichern, pochen viele Helfer auf eine vom Politischen getrennte, sozusagen neutrale humanitäre Hilfe. Die Vorstellung einer solchen Neutralität aber ist eine gefährliche Illusion. Hilfe, auch die scheinbar unpolitische, mischt sich immer in bestehende Macht- und Kräfteverhältnisse ein.

Die Konsequenzen aus der Entpolitisierung des Humanitären sind erheblich. Wenn Hilfe nicht mehr im Kontext gesellschaftlicher Verantwortung und – daraus abgeleitet – bürgerrechtlicher Ansprüche gesehen wird, sondern allein ihre moralische Seite zählt, dann wird Hilfe – wie übrigens auch der Appell zum Schutz der Menschenrechte – anfällig für vielfältige Instrumentalisierungen.

Denn auch diejenigen, die für das Elend und die Ausgrenzung von Menschen verantwortlich sind, bedienen sich des humanitären Diskurses und begründen selbst noch den völkerrechtlich verbotenen Präventivkrieg mit dem Verweis auf die Menschenrechte. Das Menschenrechtsverständnis, das in solchen Rechtfertigungsstrategien zum Ausdruck kommt, bleibt freilich ein abstraktes, eines, das die Menschenrechte nicht mehr im Kontext bürgerrechtlich verfasster Gesellschaften sieht. „Die Trennung zwischen Humanitärem und Politischem, die wir heute erleben“, schreibt der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem

Buch „Homo Sacer“, „ist die extremste Phase der Entfernung zwischen den Menschenrechten und den Bürgerrechten. Letztlich können die humanitären Organisationen, die heute mehr und mehr zu den übernationalen Organen aufrücken, das menschliche Leben nur noch in der Figur des nackten Lebens erfassen und unterhalten deshalb gegen ihre Absicht eine geheime Solidarität mit den Kräften, die sie bekämpfen sollten.“ Der vom Politischen abgegrenzte Humanitarismus kann die Ausgrenzung von Menschen, wie sie sich tagtäglich und millionenfach in brasilianischen *Favelas* oder in afrikanischen Flüchtlingslagern ereignet, nur abfedern – und damit wiederholen. Wenn Hilfe auf die Sicherung des nackten Überlebens begrenzt wird, resultiert daraus eine Art Elendsverwaltung, die nichts mehr ändert, aber umso mehr den prekären Status quo, der in der Welt herrscht, stabilisiert.

Mythen und Interessen

Es ist höchste Zeit, die Hilfe wieder an den Bedürfnissen und Rechtsansprüchen jener auszurichten, die der Hilfe bedürfen und um Hilfe nachsuchen. Voraussetzung ist nicht zuletzt die Beseitigung all jener Mythen, die sich um die Idee der Hilfe ranken.

Es stimmt nicht, dass die Opfer von Katastrophen völlig hilflos und unfähig zu eigenen Wiederaufbaubemühungen sind. Auch ist es ein Irrglaube, dass es vor Ort an allem fehle und nur die rasche Bereitstellung aller verfügbarer Hilfsgüter eine schnelle Wiederherstellung ermögliche. Solche Mythen, die nicht zuletzt aus Publicity-Gründen gepflegt werden, mobilisieren zwar die öffentliche Hilfsbereitschaft, führen aber oftmals zu völlig unangepassten Hilfeleistungen: Kartons mit zerschlissener Kleidung, abgelaufenen Medikamenten, Hundefutter für Hungernde, Raucherentwöhnungsdrops, Spaghetti-Sauce, Abmagerungsmitteln, in Schweinefett gebackenen Keksen. Seriöse Hilfsorganisationen betonen, dass Gründlichkeit unbedingt vor Schnelligkeit gehen müsse. Davon allerdings ist die Wirklichkeit der Hilfe weit entfernt. Ob im Kosovo, Kabul, Südasien – immer wieder kam und kommt es zu Invasionen von Helfern. Statt zunächst gemeinsam mit die Betroffenen zu planen, will jeder als erster im Krisengebiet sein. Das erhöht die Chancen, in die Medien zu kommen und Spenden zu sammeln.

Gegen solche Auswüchse von Hilfe ist immer wieder angeschrieben worden, ohne daran wirklich etwas verändern zu können. Wenigstens drei Gründe gibt es dafür: Da ist einerseits die Tatsache, dass Hilfe mehr und mehr von wirtschaftlichen Interessen durchsetzt und so zwangsläufig zum Selbstzweck wird. Längst sind Vorboten eines „Humanitär-Industriellen-Komplexes“ auszumachen, der auf eine Liberalisierung der Hilfsmärkte drängt und eigene Waren-Messen unterhält, wie die alljährlich stattfindende „world trade and aid“, auf der neben Nahrungs-

mitteln, Rettungsbooten und Zelten auch Militär- und Sicherheitstechnik, Leichensäcke, Gasmasken und vielerlei IT-Dienste angeboten werden.

Zweitens sind da die immer prekärer werdenden Vorgaben der Mediengesellschaft. Nur wer selbst in Bild und Ton sichtbar wird, wirkt überzeugend. Ein entsandter Arzt, der mit T-Shirt, Fahne und eindrucksvollem Auto im Krisengebiet auftaucht, ist natürlich in viel stärkerem Maße „visible“ als die lokalen Mitarbeiter von Partnerorganisation, die sich womöglich kaum von der Masse der Opfer unterscheiden.

Und da ist schließlich eine noch immer existierende paternalistische Grundhaltung. Jean Paul Sartre sprach in diesem Zusammenhang von einem „rassistischen Humanismus“, der daraus resultiert, dass das Elend der Welt nicht vor dem Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dominanz verstanden wird, sondern allein als Problem des Südens. Aus solcher Perspektive scheint die Lösung dann tatsächlich in der „humanistischen Aktion“ zu liegen – der humanitären Intervention oder der übergestülpten Hilfe für die Menschen im Süden, die leiden, weil sie eben so sind. Die Welt leidet aber nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe erforderlich machen.

Solidarität in Netzwerken

Hilfe, die in Notleidenden nicht nur Objekte von Versorgungsprogrammen sehen will, ist immer zielgerichtet und bedarf einer gesellschaftspolitischen Vision. Für Hilfsorganisationen wie medico international sind das die Menschenrechte, wohlwissend, dass es in der praktischen Arbeit um zweierlei gehen muss: die materielle Fundierung der Menschenrechte über konkrete Hilfsprogramme und die Schaffung eines bürgerrechtlichen Rahmens, ohne den die Menschenrechte nur eine hübsche Idee bleiben.

Auch wenn die globalen Verhältnisse von der institutionellen Absicherung der Menschenrechte noch weit entfernt sind, gibt es erste Erfahrungen, aus denen zu lernen wäre. Beispielsweise die „Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen“, die sowohl im Ergebnis als auch in ihrer Struktur interessante Schritte auf dem Weg zu neuen Formen einer in globaler Solidarität eingebundenen Hilfe gegangen ist.

Der Erfolg der Kampagne lag vielleicht am wenigsten darin, ein Verbot von Anti-Personenminen angestoßen zu haben. Erfolgreich ist die Kampagne in einem viel allgemeineren Sinne gewesen. Sie hat es vermocht, eine internationale Öffentlichkeit zu erzeugen, die nicht einen Missstand skandalisierte, sondern darüber völkerrechtlich bindende Entscheidungen erzwingen konnte. Erstmals in der Geschichte wurde ein Waffenverbot auf Druck der Öffentlichkeit durchgesetzt. Erstmals wurde internationales Recht unter aktiver Beteiligung eines Netz-

werkes von NGOs geschrieben. Und erstmals gelang es, ein Waffenverbot um humanitäre Verpflichtungen zu erweitern und so die Hilfe für Minen-Opfer als welt-gesellschaftliche Verantwortung festzuschreiben. Weder unverbindliches „goodwill“ noch Paternalismus leiten solche Hilfe. Sie ist eingebunden in eine global gesetzte neue Norm, die zwar außerhalb der Vereinten Nationen verhandelt wurde, aber nun vom Generalsekretär der Vereinten Nationen überwacht wird. Derart hat der öffentliche Druck, den die Minenkampagne entfaltet hat, eine Art Anschubhilfe für die UN geleistet, die aufgrund der internen Blockadepolitik einiger mächtiger Staaten aus sich heraus keine Lösung gefunden hätte.

Es ist der transnationale Raum, in dem sich Hilfe als Solidarität unter Gleichen heute neu herausbilden muss. Eine Solidarität, die getragen wird von global tätigen Netzwerken, in denen eine Vielzahl von sozialen Projekten, Basisinitiativen, NGOs, kritischen Intellektuellen und Verbänden zusammengeschlossen sind, um für gemeinsame politische Ziele einzutreten und dabei gemeinsame Strategien zu verfolgen. Nur einer solche „Gegenmacht“ wird es gelingen, für die Demokratisierung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse zu sorgen.

Anschrift des Autors:

Thomas Gebauer

gebauer@medico.de